



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher für Atomausstieg
der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Pressemitteilung

Bundesregierung bekennt: Milliarden Kosten für marodes Atommüll-Endlager, Strafverfahren gegen beteiligte Bauunternehmen

Berlin, 30.04.2014

Bezug:

Anlagen:

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreis-Büro:

Achtermannstr. 19

48143 Münster

Telefon: +49 251 4909246

Fax: +49 251 9816073

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen:

Wildenbruchstr. 17

45888 Gelsenkirchen

Telefon: +49 209 91358855

Fax: +49 209 91358857

Auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zum Atommüll-Endlagerprojekt im stillgelegten Eisenerzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter antwortet die Bundesregierung, dass zusätzliche Bauverzögerungen die Kosten um weitere 173 Millionen Euro auf mindestens 3,1 Milliarden Euro ansteigen lassen. Die Bundesregierung bestätigt, dass die Staatsanwaltschaft Bochum gegen sechs am Umbau des Schachts Konrad beteiligte Unternehmen ermittelt.

Die nicht namentlich genannten Firmen sollen durch illegale Preisabsprachen Aufträge in Höhe von 121 Millionen Euro unter sich aufgeteilt haben. Der Sprecher für den Atomausstieg der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Hubertus Zdebel kritisiert: „Trotz der Ermittlungen hat die Betreibergesellschaft DBE entschieden, dieselben Firmen weiter zu beauftragen. Wie diese Entscheidung mit dem angeblich ‚hohen Qualitätsanforderungsprofil‘ bei der Auftragsvergabe vereinbar ist, ist mir ein Rätsel. Die Vertrauenswürdigkeit der Bauunternehmen ist offensichtlich nicht gewährleistet.“

Fragwürdig sei auch, ob die milliarden schweren Bauarbeiten am Ende überhaupt ein geeignetes Endlager hervorbringen werden. Zdebel weiter: „Erstens haben die Erfahrungen mit Asse II gezeigt, dass Endlagerung in alten Bergwerken keine sichere Lösung darstellt. Zweitens weisen die ständigen Bauverzögerungen darauf hin, dass das Bergwerk jetzt schon marode ist. Bis heute ist kein Langzeitsicherheitsnachweis erbracht worden. Stattdessen ist die vermeintliche ‚Sicherheit‘ des Schachts Konrad nur mit 20 Jahre alten, von WissenschaftlerInnen als überholt kritisierten Berechnungen belegt. Aus der Antwort der Bundesregierung wird deutlich, dass sie das Risiko komplett unterschätzt. Sonst würde sie längst neue Berechnungen anstrengen oder zumindest die Notwendigkeit einräumen.“